



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, G.: Krupp

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Krupp



n Zeiten politischer Gärung und des Kampfes politischer Systeme um die Macht wird man sich nicht wundern, wenn in den Parlamenten keine Neigung zum Durchbruch kommt, für den monarchischen, über den Parteien stehenden Staat und seine Bureaukratie einzutreten, es sei denn, daß für die einzelne politische Gruppe dabei ein Vorteil herauskäme. Die radikalen Gruppen lassen kein Mittel unversucht, den Staatsorganismus zu schädigen; das bedarf keines weiteren Beweises. Die Mittelparteien kommen vor lauter Kompromissen mit der Wählerschaft draußen im Lande und mit der Regierung gar nicht dazu, sich um die tieferen Sorgen der Staatsorgane zu kümmern, ja, sie finden sogar oft genug ihren eigenen Nutzen darin, jene, die nun ohne weiteres mit dem Begriff Bureaukratie im abträglichen Sinne identifiziert werden, gleichfalls bei der Bevölkerung zu diskreditieren. Die sogenannten Rechtsparteien müssen gleichfalls darauf bedacht sein, die materiellen Interessen ihrer Wählerschaft sicherzustellen, und dann setzen sie sich durch parlamentarische Erledigung von politischen Fragen, die vielleicht auch auf anderen Wegen überwunden werden können, nicht gern dem Verdacht aus, zur Stärkung des Parlamentarismus beizutragen, was, wenigstens in Preußen-Deutschland die Regierung wieder mit ihnen ausöhnt und beide zusammenstehen läßt, wo die Staatsorgane und damit die Monarchie tatsächlich von ihnen nichts haben. So haben die staats-erhaltenden Parteien es bei uns ziemlich leicht und können sich in kritischen Momenten mit einigen billigen Phrasen von Kaiser und Reich und Umsturz-gefahr aus jeder Affäre ziehen, die ihnen nicht behagt.

Gerade kürzlich haben wir einen im obigen Sinne typischen Fall erlebt.

Seit Monaten wurde in den politischen Salons geraunt, im Kriegsministerium seien Bestechungen vorgekommen. Im Januar dieses Jahres

verdichteten sich die Gerüchte dahin, mehrere Direktoren der Firma Krupp stünden unter Anklage wegen Landesverrat, seien sogar verhaftet worden. Obwohl die Angelegenheit viele Monate anhängig gemacht war, erfuhr die breite Öffentlichkeit erst von ihr, als der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Liebknecht ein ihm zugegangenes Material, das die Firma Krupp schwer belastet, vortrug. Während der darauffolgenden Aussprache erfuhr man dann aus dem Munde des Herrn Kriegsministers, daß tatsächlich „der untere Beamte der Firma Krupp an der Geschäftsstelle . . . in Berlin verschiedene Feldwebel und andere verleitet hat, ihm die Mitteilung zu machen, die gegen die Dienstpflicht war; auch Militärbeamte waren dabei beteiligt . . .“ Aber man erfuhr auch, daß Herr Dr. Liebknecht sich dem Herrn Kriegsminister gegenüber gebunden habe, die Angelegenheit im Parlament nicht vor Abschluß der gerichtlichen Untersuchung erörtern zu wollen. Ähnliche Abmachungen scheinen auch mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien getroffen worden zu sein, die natürlich daran festhielten und sich als völlig unvorbereitet erwiesen, als der Sozialdemokrat den preußischen Kriegsminister überrumpelte. Daß es so und nicht anders kommen würde, war vorauszusehen: eine bessere Gelegenheit gegen die den Sozialdemokraten verhaftete Firma Krupp zu Felde zu ziehen und zugleich die Armee zu diskreditieren, fehlte nicht sobald wieder!

Der Herr Kriegsminister zeigte sich so überrascht von dem Überfall Liebknechts, daß er, der Chef einer schwer beleidigten preußischen Behörde, sich begnügte, denjenigen zurückzuweisen, der die stattgehabte Beleidigung der Öffentlichkeit mitteilte. Für die Firma Krupp selbst hatte er lediglich Worte des Dankes und des Lobes.

Die staatserkhaltenden Parteien haben dem Kriegsminister sekundiert, da es eine „prächtige Gelegenheit“ war, die „Perfidie“ der sozialdemokratischen Taktik und die „Gewissenlosigkeit“ ihrer Abgeordneten zu brandmarken. Ich weiß nicht, ob diese Taktik sehr staatserkhaltend gewirkt hat: in den gebildeten Kreisen des Landes hat sie manches Schütteln des Kopfes ausgelöst. In der Tat: man macht keinen Feind unschädlich, indem man ihn, nachdem sein Hieb gefessen, der Unmoral bezichtigt, sondern indem man selbst rechtzeitig den Hieb führt. Im vorliegenden Falle war das einmal angerichtete Unheil nicht mehr ungeschehen zu machen, sondern lediglich in seinen politischen Wirkungen zu verringern durch vertrauensvollste Anlehnung der Regierung an die Reichstagsfraktionen der bürgerlichen Parteien, nicht durch den Versuch, die ganze Angelegenheit als sozialdemokratische Heze oder als ein Konkurrenzmanöver einer vom Zentrum begünstigten Firma hinzustellen.

* * *

Bei einer Stellungnahme wie sie für Regierung und bürgerliche Parteien gekennzeichnet wurde, kann es kaum wundernehmen, wenn der verantwortliche

Direktor der Aktiengesellschaft Friedrich Krupp jede Verantwortung für die Tätigkeit des Beamten seiner Firma ablehnt und sich auf den Standpunkt stellt, daß das Direktorium davon überhaupt nichts zu wissen brauche, wenn weiter derselbe Direktor von Ehrgeiz an untergeordneten Stellen, Bedeutungslosigkeiten und ähnlichem spricht. Wenn es sich bei der Angelegenheit um eine Firma der Eisenbahnbranche handelte, die mit einem Heer von selbständigen, lediglich auf Provisionen angewiesenen Agenten, Zwischenhändlern und Sammlern zu arbeiten gezwungen ist, würden wir über die Angelegenheit kein Wort verlieren, würden wir uns stillschweigend der Ansicht Hugenbergs anschließen. Rüdige Schafe gibt es überall und wenn staatliche Lagerbeamte gelegentlich nicht genügend Charakterstärke erwiesen haben, so trifft dafür die betreffende Behörde, die bei der Auswahl der Beamten nicht sorgfältig genug vorgegangen ist, zum größten Teil der Schuld. Die Werft- und Eisenbahnmaterialprozesse haben keinen verständigen Menschen aufgeregt, so bedauerlich sie an sich waren; sie deckten lokale Mißstände auf, die sich von Zeit zu Zeit wiederholen werden, solange wir Menschen bleiben.

Die Tätigkeit des „unteren“ Privatbeamten Brand fällt unter ganz andere Gesichtspunkte. Herrn Hugenbergs Anschauung widerspricht nicht nur dem Generalregulativ, sie widerspricht auch der gesamten historischen Entwicklung der Firma, über die das von ihr selbst herausgegebene, bei Gustav Fischer in Jena erschienene Jubiläumswerk „Krupp 1812—1912“ in glänzender Form unterrichtet.

Wer es nicht mit eigenen Augen beobachtet hat, dem wird es beim Studium des genannten Werkes recht klar, daß alle Angehörigen der Firma Krupp zusammengehalten werden durch ein besonders starkes Band; dem kommt es auch klar zum Bewußtsein, warum trotz schärfsten gegenseitigen Wettbewerbes zwischen ihnen eine äußerst weitgehende Solidarität besteht, eine Solidarität, wie sie sonst eigentlich nur in gut geleiteten Staatsbehörden zu finden ist, und daß schließlich eine sehr fein ausgebildete Zentralinstanz die Tätigkeit jedes einzelnen Beamten bis ins kleinste regelt und überwacht, ihm freilich genügend großen Spielraum lassend, seine Fähigkeiten, Kenntnisse und Beziehungen vollständig im Dienst der Firma zu verbrauchen. Nicht umsonst fühlen sich die Beamten der Firma als eine Elite unter den Industriebeamten, nicht umsonst und auch nicht unberechtigt wurde der Begriff eines Staates Krupp geprägt, eines Staates mit fest gesteckten Zielen, dessen Verfassung auf Krupps Generalregulativ von 1872 beruht.

Aber nicht nur die frühere Entwicklung der Firma berechtigt von einer Verantwortlichkeit der Direktion für das geschäftliche Treiben ihrer Beamten zu sprechen. Auch die Maßnahmen und organisatorischen Änderungen der jüngsten Zeit, die Besetzung der einzelnen Posten, alles weist direkt darauf hin, daß die Direktion planmäßig einen Teil der inneren Organisation der Firma ausgebaut hat.

Die Berliner Vertretung für Kriegsmaterial ist erst in den letzten zehn oder zwölf Jahren eingerichtet worden. Früher genügte ein Ingenieur, der die Abnehmer von Friedensmaterial besuchte und ihnen schnell gewünschte Auskunft gab. Die Beziehungen zu den Staatsbehörden wurden von der Essener Zentrale direkt gepflegt. Den Verkehr mit dem Kriegsministerium und dem Auswärtigen Amt besorgte der inzwischen verstorbene Direktor Menshausen entweder persönlich oder durch Vermittlung eines seiner Assistenten, die sowohl als frühere Staatsbeamte, wie auch durch persönliche und verwandtschaftliche Beziehungen ohne weiteres direkten Zutritt zu den höchsten Regierungsstellen hatten. Im vornehmen geselligen Verkehr wurden die geschäftlichen Beziehungen taktvoll gepflegt und ausgebaut, lernten die Vertreter der Firma die Ansprüche des Staates kennen. Es war eine fein-durchgeistigte Atmosphäre, die den Kreis um Krupp umschloß, — das Geschäft hatte ein aristokratisches und ungemein anziehendes Gepräge. Allen Feinden des Großkapitals konnte gerade die vornehme, kultivierte Form des Geschäftsbetriebes bei Krupp als eine höchst erfreuliche Erscheinung entgegengehalten werden.

Natürlich war eine solche Geschäftsführung schwierig. Sie erforderte ausgezeichnete Leiter, Männer von größter persönlicher Erfahrung, die, selbst auf dem höchsten Kultur- und Bildungsniveau stehend, stark genug waren, sich mit starken Persönlichkeiten umgeben zu können und mit ihnen zusammen zu arbeiten, die es infolgedessen auch verschmähen durften, für besondere Zwecke Kreaturen zu gebrauchen, die vielleicht einmal den Namen der Firma gefährden konnten. Nach Menshausens Fortfall hat man versucht, die hervorragende Persönlichkeit durch eine zweckmäßigere Organisation zu ersetzen. Jetzt gibt es in Berlin ein großes Bureau, über dem ein Direktor schwebt, dem mehrere Artillerieoffiziere, Kaufleute, Agenten usw. angehören, mit einem Wort, ein ganzer Stab von Beamten; schließlich ist auch noch eine besondere Filiale des Pressebureaus zum Verkehr mit der Berliner Journalistik eingerichtet.

Unter diesen Voraussetzungen kann die Firma die Verantwortung für die Tätigkeit Brands nicht ablehnen, selbst dann, wenn das Gesamtdirektorium überhaupt keine Kenntnis von ihr erhalten hat, weil es sich um einen Posten handelte, für den die Anstellungsbedingungen sehr wohl nur dem Ressortdirektor bekannt gegeben zu werden brauchten. Aber selbst in diesem Falle bleibt die Verantwortung bei der Firma bestehen, denn sie hat die Berliner Organisation genehmigt. An dieser Verantwortlichkeit könnte auch dann nicht gerüttelt werden, wenn es wahr sein sollte, daß die Organisation auf die Anregung eines früheren Kriegsministers hin geschaffen wurde.

* * *

Nun wird der Leser fragen: wozu das alles? Die Firma Krupp trägt eben modernen Anforderungen Rechnung; die alten Methoden reichen nicht mehr aus; das Geschäft ist breiter geworden, die Konkurrenz schärfer; was für Stahl-

federn, Briefpapier und Konfektion recht, ist für Kanonen und Kriegsfahrzeuge billig; wer für den Markt produziert, muß den Markt mit allen seinen Eigenarten, Ansprüchen und auch seine, denselben Markt auffuchende Konkurrenz kennen; somit handelte Krupp als Waffenproduzent und Waffenhändler nicht weniger ehrenhaft und korrekt, wie als Verkäufer von Friedensmaterial, wenn er seine Berliner Vertretung modern ausbaute; um gerecht zu sein, muß man sich nur vergegenwärtigen, wie schwer es ist, Kanonen auch an den preußischen Staat zu verkaufen: vom ersten Versuch mit Kruppschem Kanonenstahl bis zur Bestellung von dreihundert Rohrböcken durch die preußische Armeeverwaltung sind rund fünfzehn Jahre (1844 bis 1859) ins Land gegangen; inzwischen ist das Geschäft aber unendlich komplizierter geworden: nicht nur die Konkurrenz macht es heißer, auch die Zahl der mit den Kanonen eng zusammenhängenden Artikel, der Munition, optischen Hilfsmittel, Ausrüstungsgegenstände, ist auf viele Tausende gestiegen und damit ist auch die Vielgestaltigkeit der Abnahmeorganisationen gewachsen.

Dennoch! Jede Branche hat ihre Sitten und Gebräuche: Usancen, ihren ungeschriebenen Ehrenkodex, den niemand ungestraft verletzen darf. Der Verkäufer technischer Öle ist gezwungen, die Maschinenmeister für seine spezielle Schmierölsorte freundlich zu stimmen, weil es hundert gleichwertige Sorten gibt und kein Fabrikdirektor es wagen dürfte, Öl einzulaufen gegen ernste Bedenken des oder der Meister, denen die Beaufsichtigung der Maschinen obliegt. — Der Kanonenreisende, der fast ausschließlich mit staatlichen Behörden zu tun hat, ist, wenigstens im deutschen Inlande, ausschließlich an Qualität und Preis gebunden, er ist bei einer intakten Heeresverwaltung nicht abhängig vom guten Willen nachgeordneter oder gar subalternen Stellen, wenn diese auch gelegentliche Schwierigkeiten bereiten können. Ich meine: die Firma Krupp hat die durch ihre Branche gezogenen Grenzen nicht respektiert, wenn sie das, sagen wir ruhig, aristokratische Geschäft in die Hände von Subalternen legte und wenn sie der Auskundschaftung des deutschen inneren Marktes eine auf nachgeordnete Stellen des Kriegsministeriums eingerichtete Organisation gab. Brand, ein früherer Unteroffizier, erhielt ein Gehalt von siebentausend Mark und außerdem noch fünftausend Mark Repräsentationsgelder! Wohl gemerkt: ein Unteroffizier, der weder ein Erfindergenie noch ein großzügiger Verkäufer ist.

Die gegenwärtige Organisation des Kruppschen Nachrichtendienstes beruht auf falschen Grundsätzen. Sie entbehrt der Ethik, an die die Firma Krupp nun einmal gebunden ist: der Chef einer Privatfirma, der der Ehre teilhaftig wird, das Reichsoberhaupt freundschaftlich in seinem Hause zu bewirten, darf durch seine verantwortlichen Direktoren nicht in die Lage gebracht werden, Beamte besolden zu müssen, die Staatsdiener zum Bruch des Treueides gegen den Monarchen verleiten.

Was hätte dem Herrn Kriegsminister unter den obigen Verhältnissen, wenn er schon auf die Mitwirkung der bürgerlichen Parlamentsfraktionen verzichtete

wollte, besser angestanden: die Verteidigung der Firma Krupp oder die Verteidigung der Armee? Der Herr Kriegsminister sprach von Feldwebeln und unteren Beamten, die mit Brand in Verbindung getreten waren, so kühl, daß man zu dem Glauben kommen könnte, es handle sich hier um ganz alltägliche Vorgänge, die auch im Kriegsministerium seitens der Vorgesetzten als unabänderliche Schicksal hingenommen werden. Ich meine, der Herr Kriegsminister hätte seine persönliche Stellung und was wichtiger ist, das Ansehen des Kriegsministeriums und damit der Armee — und zu deren Anwalt ist er doch bestellt — besser gewahrt, wenn er ein Wort der Anerkennung für Krupp in diesem Augenblick vermieden und statt dessen mit unnachlässlicher Verfolgung derjenigen gedroht hätte, die es schon gewagt oder jemals wagen würden, Ehre und Disziplin der Armee anzutasten. Wollte der Herr Kriegsminister den persönlichen Freund des Kaisers schonen? Galt es allgemeinstaatliche Interessen zu schützen? Diskutabel wäre das Bestreben, den durch die Angelegenheit gefährdeten Ruf einer Weltfirma nicht unter gar zu grelle Beleuchtung zu bringen, um das Vertrauen im Auslande nicht ins Wanken zu bringen. Krupp ist einer unserer bedeutendsten Exporteure; das Wohl und Wehe von mehr als zweihunderttausend Menschen ist heute mit der Firma verbunden. Gilt aber auch nicht hier der Spruch: Hilf dir selbst so hilft dir Gott!? Gibt es für den Staatsmann, für den preussischen Kriegsminister nicht doch etwas höheres, als den Export und den Ruf einer einzelnen Privatfirma? Der Herr Kriegsminister hat schließlich an die Dankbarkeit der Nation appelliert, die sie der Firma Krupp schulde. In der schon zitierten Rede heißt es: „Die Firma Krupp hat ein Jahrhundert lang dem Heer treu zur Seite gestanden und zu den Erfolgen des deutschen Heeres beigetragen. Die deutsche Artillerie verdankt der Firma Krupp wesentliche Verbesserungen. Das muß dankbar anerkannt werden. . . .“

Ganz abgesehen von allem anderen halten diese Angaben des Herrn Kriegsministers vor einer ernstern Kritik nicht stand. Die Firma Krupp hat nicht „hundert Jahre dem Heere treu zur Seite gestanden“, sondern kaum sechzig, nämlich seit 1855, wovon man sich in der „Jahrhundertsschrift der preussischen Artillerie-Prüfungskommission“ von 1909 überzeugen kann. Dort ist auch der Wirkungskreis der Firma als „einer treuen Mitarbeiterin“ ziemlich genau umschrieben. Es heißt, die Verdienste anderer Industrien, die ihren Anteil an der Entwicklung der deutschen Artillerie haben, z. B. der chemischen, optischen, elektrischen usw. und vor allen Dingen die Verdienste der Artillerie selbst verdunkeln, wenn bei einem Anlaß, wie dem letzten, von besonderen Verdiensten einer einzelnen Firma gesprochen wird. Krupp hat die Kanonenfabrikation anfänglich lediglich als Kellame für seinen Gußstahl betrieben. Wenn er sie nach 1855 beibehalten hat und somit die Firma das werden konnte, was sie heute ist, braucht niemand in Deutschland dem damaligen Chef der Firma dankbar dafür zu sein. Dem weitblickenden und kühnen Entschluß des Prinzregenten von Preußen, der

die Bestellung von dreihundert Rohrblöcken bei Krupp anordnete, obwohl nur zweiundfiebzig bewilligt worden waren, danken wir die Erhaltung der privaten Kanonenindustrie! Alfred Krupp, der in aller seiner Größe persönlich ein bescheidener Mann geblieben ist, teilt gelegentlich selbst mit, daß er damals, nachdem das Gußstahl sich die Welt erobert hatte, drauf und dran war, die Kanonenfabrikation als unrentabel aufzugeben. Als die Essener Firma 1874 während der großen allgemeinen Krise am Rande des finanziellen Zusammenbruchs stand, war es wieder ein Organ des Staates, die königlich Preussische Seehandlung, die es übernahm, ein Bankkonsortium zusammenzubringen, um ihr die notwendigen 30 Millionen Mark zu beschaffen, ohne die sie damals nicht mehr existenzfähig war. — Natürlich nicht umsonst!

Auch die Verdienste der Firma Krupp — unser freudiger Stolz an ihren großen Leistungen wird darum nicht geringer — werden durch entsprechende Leistungen von Staat und Steuerzahler aufgewogen, sie hat keine besonderen Verdienste, die es rechtfertigten, daß der Herr Kriegsminister und die staaterhaltenden Parteien über ihnen vergessen durften, das Kriegsministerium gegen beleidigende und zersetzende Eingriffe in Schutz zu nehmen und der Regierung den Rücken gegen den „Imperialismus“ des Großkapitals zu stärken. Die Firma Krupp hat ihre Pflicht getan, wie tausend andere Firmen, und ihre Pflichterfüllung zusammen mit den glücklichen Verhältnissen, die der Reichsgründung folgten, trägt ihren Inhabern eine gute Rente in Gold und Ansehen. Diese Feststellung durch den Herrn Kriegsminister wäre für die Ausbreitung staaterhaltender Gesinnung, staatsbürgerlicher Erziehung sicher wertvoller gewesen als manches dicke Buch, das darüber geschrieben wurde.

Es wird mir entgegengehalten werden können, Alfred Krupp habe seinerzeit darauf verzichtet in Frankreich eine Geschützgießerei einzurichten, mit der ausdrücklichen Begründung, daß sich Frankreichs Kanonen einmal auf Preußen richten könnten. Das war vor 1860. Seitdem haben sich die Zeiten ganz erheblich geändert und Kruppsche Ingenieure haben sowohl in Rußland wie in Frankreich das Härteverfahren für Panzerplatten und Granaten sowie die dazugehörigen Anlagen eingeführt und eingerichtet. Auch die Firma Krupp wird gegenwärtig von rein kapitalistischen Gesichtspunkten geleitet. Und es ist lediglich das wohlverstandene Interesse beider, des Staats sowohl wie der Privatfirma, das ein „treues“ Zusammenwirken bedingt. Darum scheint es mir nicht nur unangebracht, sondern auch im höchsten Maße gefährlich, in die geschäftlichen Beziehungen zweier Faktoren romantische Begriffe hineinragen zu wollen, die mit dem Geschäft selbst nichts zu tun haben.

* * *

Wir leben in Zeiten politischer Gärung, das ist in Zeiten politischer Machtkämpfe. Der Kampf geht um die Macht im Staat, — Objekt des Kampfes ist bewußt und unbewußt der Staatsorganismus, die Bureaucratie.

Die aber gegenwärtig um sie kämpfen sind nicht Aristokratie und Demokratie, wie uns von Parteigängern und Gelehrten gesagt wird, sondern Großkapital, Nation und — Monarchie. Aristokratie und Demokratie sind Schlagworte geworden, jenes zur Befriedigung eines mehr persönlichen ästhetischen Bedürfnisses, dieses um die Massen zu gewinnen oder um ängstliche Gemüter zu schrecken. Vielleicht, daß beide auch politisch wieder einmal zu Ehren kommen; einstweilen steht die Verteilung der materiellen Güter noch so im Vordergrund des Interesses, daß es nicht ästhetische, sondern rein materielle Gesichtspunkte sein müssen, nach denen die Kämpfe um die Macht ausgefochten werden.

Betrachten wir den Fall Krupp von dieser Seite, so werden wir das Geschäftsgebaren der Kanonenfirma mit der allgemeinen Entwicklungstendenz im Einklang finden. Für sie ist die Welt in erster Linie Markt und seit sie in aller Welt Konkurrenz gefunden, auch die moderne Arena, auf der sich alle Kräfte, körperliche, geistige und moralische, frei tummeln können. Die Tendenz führt über die staatlichen und nationalen Grenzen hinaus; ihr einziger sichtbarer Maßstab ist ein internationaler Wert: das Gold. Die Menge des im Kampfe gewonnenen Goldes aber ist auch der einzige Wertmesser für den Grad der Leistungsfähigkeit und es will mir, rein vom Standpunkt der kapitalistischen Entwicklung aufgefaßt, nichts natürlicher scheinen, als wenn in dem allgemeinen Wettstreit eine so gewaltige Organisation wie die von Krupp nun auch danach trachtet, sich den Staat, in dessen Schutz sie erstarkt ist, vollständig unterzuordnen: bewußt durch Einflußnahme auf die Politik des Staates, unbewußt durch Zersetzung der staatlichen Organe beim Kampf um den inneren Markt. Man fühlt sich stärker und damit berechtigter als der Staat und überschätzt die eigene Bedeutung für die Nation, die folgerichtig in erster Linie auch als Markt (Konsument) gewertet wird. Man geht aber in solcher Überhebung um so weiter, je mehr man die Abhängigkeit der Staaten vom Gelde kennt und je mehr man gewahr wird, welche Anstrengungen von seiten aller Staaten gemacht werden, um das Privatkapital an sich zu ziehen und es bei sich fest zu halten.

G. Kleinow

